

Der Filderstädter Weg der Bürgerbeteiligung

Thomas Haigis, Referent für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung Filderstadt

Engagement und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zählen in Filderstadt zu den Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Hierfür sind im Laufe der Jahre unterstützende Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen worden, die ein mehr an Partizipation und Gestaltungsmöglichkeiten erlauben. Bürgerbeteiligung wird in Filderstadt als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge bei der Gestaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Infrastruktur verstanden.

Dabei kann die aktive Stadtgesellschaft Filderstadt (Institutionen, Initiativen und Netzwerke aus Wirtschaft, Stadt und Bürgerschaft) auf verlässliche und effektive Unterstützungsstrukturen (personelle Kapazitäten, Räume und Technik, rechtliche Rahmenbedingungen) zurückgreifen. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben in einem Prozess eine Haltung zur „ermöglichenden“ Beteiligung und Engagementförderung gefunden, formuliert und weiterentwickelt. Wichtige Säulen der Bürgerkommune Filderstadt sind das Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung, der Ausschuss für Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft und die „Spielregeln Bürgerbeteiligung“, die in einer ständigen verwaltungsinternen Arbeitsgruppe weiterentwickelt und mit dem Gemeinderat abgestimmt werden.

In Filderstadt ist ein Weg eingeschlagen worden, der bestehende Blockaden im neu zu entwickelnden kooperativen Verhältnis von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft abbauen konnte. Im Folgenden werden die Meilensteine dieses Filderstädter Weges beschrieben.

Der erste Schritt - Gemeinsam Spielregeln entwerfen

Bereits 2001 hat das Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung Stellvertreter/innen der lokalen Vereine, Bürgerinitiativen, Bürgerprojektgruppen sowie der Verwaltungsvertreter und Gemeinderäte eingeladen, um gemeinsam Anforderungen, Voraussetzungen und Spielregeln für zukünftige Beteiligungsverfahren zu entwickeln.

Die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses wurden als „**Leitfaden Bürgerbeteiligung**“ für Bürger/innen, Politik und Verwaltung veröffentlicht. Diese Regelungen erhielten durch einen Gemeinderatsbeschluss sogar Satzungscharakter. Die darin enthaltenen Leitlinien regeln sowohl für Planungsprozesse (informelle Bürgerbeteiligung) als auch für die Begleitung von Bürgerprojekten die möglichen Unterstützungsleistungen durch die Stadt.

Der Leitfaden definiert Bürgerorientierung als Aufgabe des städtischen Verwaltungshandelns (das Motto lautet: Mitdenken, mitreden, mitmachen). Darin sind beispielsweise folgende Verfahrenshinweise aufgestellt wie:

- Rolle und Selbstverständnis der Fachämter und des Gemeinderats
- Wege einer notwendigen Informationspolitik; Informationsstrukturen und Informationsflüsse in der aktiven Beteiligungsphase und nach dem Verfahren z. B. in der Umsetzungsphase
- Hinweise zur Konfliktschlichtung
- Organisatorische und infrastrukturelle Unterstützungsmöglichkeit

Der zweite Schritt - Die Bürgerschaft fit machen

Um die neue Kultur des Miteinander zu vermitteln und die jeweiligen Rollen, Aufgaben und Einflussmöglichkeiten, aber auch Grenzen in den unterschiedlichen Projekten zu klären, werden Bürgermentorenkurse durchgeführt und ein **MentorInnennetzwerk aufgebaut**. Weitere Beteiligungsformen sind beispielsweise offene Foren zur Jugendbeteiligung, Beteiligung älterer Menschen und MigrantInnen oder aktuell die Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts mit intensiver Beteiligung der Bürgerschaft..

Der dritte Schritt - Die „ermöglichende“ Verwaltung

Die Verwaltung wurde auf die grundlegend neuen Aufgaben und Rollen sowie auf ein neues Selbstverständnis vorbereitet. Im Rahmen von Amtsleiter - Workshops wurde das Thema Bürgerorientierung und Verwaltung vertiefend behandelt und der verwaltungsinterne Anpassungsprozess zu Bürgerorientierung systematisch für alle Fachbereiche erarbeitet. An diesen Workshops haben zeitweise auch Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgermentoren mitgewirkt. Das Ergebnis des Workshops wurde in der Veröffentlichung „BürgerInnenbeteiligung in Filderstadt - **Handlungsempfehlungen für die Verwaltung**“ zusammengefasst.

Die von der Verwaltung erarbeiteten Hinweise zur Durchführung von Beteiligungsverfahren enthalten folgende konkrete Handlungsempfehlungen:

- für die Vorbereitungs-, Informations- und Dialogphase,
- zur Dokumentation,
- zur Rückkoppelung an den Gemeinderat und in die Bürgerschaft.

Diese Handlungsempfehlungen stellen wichtige Merkposten zur Durchführung von Beteiligungsprozessen dar, sind jedoch nicht als formal abzuarbeitendes Verfahren zu verstehen. Wichtig ist, dass Bürgerbeteiligung auf Ämter- und Referatsebene vorangetrieben wird und eigenverantwortlich als Prozess zu verstehen ist. Bürgermitwirkung soll der Verwaltung Sicherheit geben und durch flexible Anwendung Bürgerbeteiligung ermöglichen und erleichtern.

Gleichzeitig hat sich aus diesen Workshops heraus eine **verwaltungsinterne Arbeitsgruppe** gebildet. Das Netzwerk trifft sich zwei Mal im Jahr und versteht sich als ämterübergreifende Einrichtung, die über laufende und abgeschlossenen Beteiligungsprojekte berät, Anstöße gibt, weiter hilft, initiiert und beteiligungsrelevante Themen zusammenbringt.

Der vierte Schritt - Die Einbindung des Gemeinderats in die Bürgerbeteiligung

Nachdem verwaltungsinterne Überzeugungsarbeit für die Bürgermitwirkung im Stadtgeschehen der Stadt Filderstadt geleistet wurde, stand eine Diskussion über den Stellenwert der Bürgerbeteiligung bei den Gemeinderatsmitgliedern an. Es fanden auch zwei zweitägige **Gemeinderatsklausuren** statt, die darauf abzielten, ein gemeinsames Grundverständnis und damit verbunden Beteiligungs- und Engagementprinzipien auf dem Filderstädter Weg zur Bürgerkommune zu entwickeln. Der Gemeinderat formulierte **Eckpunkte der Bürgerbeteiligung**, in denen eine offene Informationspolitik zur Bürgerschaft und die jeweiligen Rollenverständnisse in Beteiligungsverfahren geklärt werden. Er befürwortet ausdrücklich die öffentliche politische Auseinandersetzung zu Fragen der Stadtentwicklung, fordert ergebnisoffene Foren und sieht im Ausschuss für Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft eine Plattform für Lernprozesse im Hinblick auf Bürgerbeteiligungsverfahren. In diesem Ausschuss findet somit ein intensiver Meinungsaustausch zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung statt.

Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft gehen den Weg weiter

Der Filderstädter Weg zur Bürgerkommune verlief weder gradlinig noch konfliktfrei und befindet sich keineswegs am Ziel. Gemeinderat und Verwaltung sehen durchaus auch Risiken einer verstärkten Förderung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement: Bürgergruppen und Rat können in Konkurrenz zueinander geraten, unerfüllbare Erwartungen können in der Bevölkerung geweckt werden und Einzelinteressen den Blick auf das Gemeinwohl der gesamten Stadt verstellen. Die gesetzlich legitimierte Rolle des Gemeinderats als demokratische Repräsentanz der Stadt könnte untergraben und die Verwaltung mit ihren Ressourcen überfordert werden. Dennoch haben sich alle Beteiligten - nicht zuletzt der Gemeinderat - in aller Klarheit entschieden, den begonnenen „Filderstädter Weg“ weiter zu gehen. Es ist deutlich geworden, dass die bisherigen Erfahrungen zeigen, welche *Chancen* in der Bürgerbeteiligung und Engagementförderung liegen, die die *Risiken* bei weitem überwiegen:

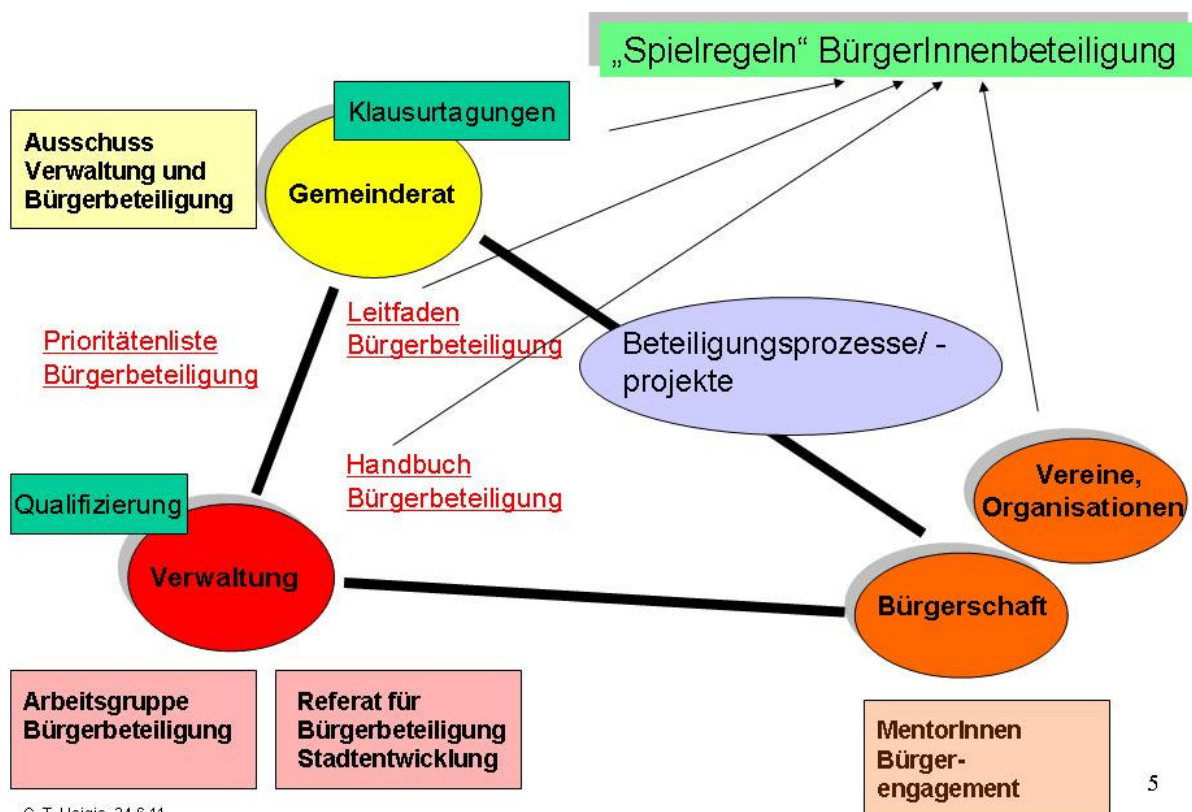
- die Chance, das Alltagswissen der Bürgerschaft zu nutzen

- die Chance, die Verantwortung für die Gestaltung des kommunalen Lebens auf viele Schultern zu verteilen und die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhöhen
 - die Chance, mit Hilfe des Zeiteinsatzes, der Ideen und die Kompetenzen der BürgerInnen Angebote entwickeln oder erhalten zu können, die sich sonst nicht umsetzen ließen
 - die Chance, Politikverdrossenheit und die immer wieder beklagte Entfremdung zwischen den engagierten BürgerInnen mit und ohne Mandat abzubauen;
- die Chance, die Identifikation der BürgerInnen mit ihrer Stadt ebenso zu stärken wie das gegenseitige Verständnis und das Gemeinschaftsgefühl .

Fazit

Die Bürgerkommune ist nicht per Beschluss und auch nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Der Weg ist lang, kennt Experimente, Umwege und Sackgassen – und ist auch mit Stolpersteinen verbunden. Alle Beteiligten müssen ihr Selbstverständnis und ihre Rollen überdenken, Konfliktfähigkeit erlernen, sollten eingetretene Pfade politischer Einflussnahme in der Kommune verlassen können und Machtbalancen neu austarieren. Die im Laufe der Jahre in Filderstadt entstandenen „Spielregeln für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern“ stellen somit lediglich ein vorläufiges Ende dieses Prozesses dar, auch wenn diese mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossen worden sind.

Strukturen der Bürgerbeteiligung in Filderstadt



Thomas Haigis
 Referent für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung Filderstadt
 Mai 2011